

3543/J XXI.GP

Eingelangt am: 28.02.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Kartellverfahren; FORMAT 9/02

Die Wochenzeitschrift FORMAT berichtet in der Ausgabe 9/02 vom unerwarteten Einspruch des für Kartellangelegenheiten eigentlich nicht zuständigen Finanzministers im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der Handelsketten Billa und Spar um den Erwerb der sog. Maximärkte. Vorwürfe parteipolitischer Handlungsmotive werden laut. Im Zusammenhang mit Konzentrationen im Medienbereich hat der amtierende Justizminister - entgegen der Einschätzung seines Kurzzeit-Vorgängers und Parteifreundes - keinen Rekurs angemeldet, da er aufgrund des Tenors einer Mehrheit von Gutachten die Erfolgswahrscheinlichkeit als zu gering einschätzte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welches Ressort ist für den Vollzug von Kartellrechtsangelegenheiten zuständig?
2. Welche kartellrechtlichen Gutachten liegen im konkreten Fall (Maximärkte) vor und wie lautet jeweils der Inhalt bzw. die Schlussfolgerung?
3. Gab es im Vorfeld der Entscheidung diesbezügliche Kontakte mit Vertreterinnen der Billa-Gruppe und/oder der Spar-Gruppe? Wann ja, wie verliefen diese Kontakte?
4. Wurde in dem bzw. den Verfahren im Bereich des Bundesministeriums für Finanzen bzw. des Bundesministerium für Justiz auch die Frage der arbeitsmarktpolitischen Intentionen der Konkurrenten aus volkswirtschaftlicher Sicht beurteilt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie oft wurde in dieser Gesetzgebungsperiode von einem Regierungsmitglied ein kartellrechtlicher Schritt gesetzt und von wem?
6. Welche gutachtliche Basis lag jeweils diesen Schritten zugrunde?
7. Mit welchen Personal-, und Sachaufwendungen ist im konkreten Verfahren bei der Finanzprokurator zu rechnen?

WIRTSCHAFT



Politikkontakte: Jörg Haider, Rewe-Boß Reischl, Billa-Mann Schalle und Minister Grasser (von links).

LEBENSMITTELHANDEL

Grasser im Greißlerstreit

Hinter den Gerüchten um Finanzminister Grassers Wechsel in den Billa-Konzern steht ein brutaler Fight im Handel. Spar wirft Billa politische Freunderlwirtschaft vor.

Hans Reischl, Chef des deutschen Rewe-Konzerns, ist zwar empört über die Meldung, Finanzminister Karl-Heinz Grasser wechsle an die Spitze von Billa (siehe Story Seite 22). Er macht sich aber auch lustig: „Es sei denn, Grasser wird bei uns Marktleiter. Darauf habe ich freilich keinen Einfluß.“ Und Billa-Boß Veit Schalle meint zur Story der „Salzburger Nachrichten“ über den Karrieresprung des Finanzministers, die vergangene Woche hohe Wellen schlug: „Der Karl-Heinz wäre ein super Nachfolger für mich. Aber da ist nichts dran.“ Nachsatz: „Das Ganze war nur eine Intrige der Spar.“

DER KRIEG UM MAXIMARKT. Hinter den Gerüchten um Grasser steht nicht nur eine gezielte Aktion der Kärntner FPÖ, mit der sich der Minister überworfen hat. Die Sache hat auch mit einem erbitterten Krieg zwischen Billa und Spar zu tun, den sich die beiden heimischen Handelsriesen – wieder einmal – liefern. Spar erhielt von der Raiffeisen-Gruppe den Zuschlag für den Kauf von sechs Maximärkten. Preis: rund achtzig Millionen Euro. Billa fordert, daß der Deal kartellrechtlich verboten wird, weil der Konkurrent dadurch eine dominante Marktstellung in Westösterreich erreiche.

Schalle schießt scharf: „Wird der gleiche Maßstab angewandt

wie im Fall der Meinel-Übernahme durch Billa, dann muß die Spar vier von sechs Maximärkten wieder hergeben.“ Spar-Boß Gerhard Drexel legt in der Verbalschlacht noch ein Schäufelr nach: „Alles, was von der Rewe Austria beim Kartellgericht gegen uns vorgelegt wurde, ist wider besseres Wissen erstunken und erlogen.“ Drexel wirft seinem Erzrivalen Schalle sogar politische Verhärberung vor: „Es ist bekannt, daß Schalle, Grasser und Justizminister Böhmendorfer Parteifreunde und persönliche Duzfreunde sind.“ Auch Rewe-Chef Reischl ist Grundstücksnachbar des Finanzministers am Wörthersee.

POLITISCHE INTERVENTIONEN? Hintergrund der Erregung: Als Spar schon glaubte, die Kartellprüfung gehe zu ihren Gunsten aus,



Attacken: Spar-Chief G. Drexel kritisiert Grasser. Die Maximarkt-Mitarbeiter schreiben bösen Brief.

Es stellt dies ein einmaliges Vorgehen dar, in der Geschichte der Kartellbehörde ist so etwas noch nie vorgekommen. Offensichtlich werden nicht die Interessen der „kleinen Leute“ wahrgenommen, sondern werden den Interventionen der „Großen“ mehr Beachtung geschenkt.

stellten Grasser und Böhmendorfer am Aschermittwoch, dem letzten Tag der Einspruchsfrist, über die Finanzprokuratur den Antrag auf eine tiefere Prüfung. Nun muß Spar wieder zittern.

Drexel ist außer sich: „Es ist einmalig in der Geschichte, daß sich der völlig unzuständige Finanzminister in ein Kartellverfahren einmischte.“ Eine Ansicht, die auch der Maximarkt-Zentralbetriebsrat Hermann Rosenbauer teilt: Diese Woche wird Grasser einen von allen tausend Mitarbeitern unterschriebenen Brief erhalten, worin er aufgefordert wird, den Antrag zurückzuziehen, weil „... durch die Vorgangsweise Ihrer Behörde die Entwicklung unseres Unternehmens und damit auch unsere Zukunft massiv in Frage gestellt“ wird (siehe Faksimile). Rosenbauer: „Der Minister schadet der Maximarkt-Belegschaft und weniger dem Spar-Konzern.“

Veit Schalle bestreitet jedoch vehement, seine Hände im Spiel und bei seinen Politfreunden interveniert zu haben: „Die Spar macht sich lächerlich. Sie selbst hat interveniert, wo es nur geht. Das ist schon fast peinlich.“ Auch Reischl weist jede Einflußnahme zurück: „Grasser hat nur seine Pflicht getan – was andere versäumt haben.“

DAS KREUZ MIT DEN ZAHLEN. Die Billa-Gruppe behauptet: Spar erreicht mit dem Maximarkt-Umsatz in Oberösterreich, Salzburg und Tirol über fünfzig Prozent Marktanteil, in einzelnen Städten gar bis 76 Prozent. Gerhard Drexel kommt hingegen in den umstrittensten Bundesländern Oberösterreich und Salzburg auf nur knapp über zwanzig Prozent Anteil, inklusive der selbständigen Spar-Kaufleute auf 31 Prozent.

Beide Streitparteien wollen in den nächsten Wochen weitere Offensiven starten. Billa hätte die Maximärkte selbst gern gekauft. „Sie haben den Zuschlag aber nicht bekommen, weil die deutsche Rewe daraus Merkur-Filialen machen wollte“, sagt Drexel, „wir sind die österreichische Lösung. Wir geben den heimischen Produzenten fünf Jahre Liefergarantie und übernehmen alle tausend Mitarbeiter. Trotzdem schikanierten uns die Minister, um ihrem Freund Schalle einen Dienst zu erweisen.“

Rewe-Vorstandschef Reischl ist über diese Art des Patriotismus erbost: „Die Hetzjagd gegen Billa muß unterbunden werden. Ansonsten muß man die österreichische Politik schon fragen, wie sie mit einem der größten Arbeitgeber des Landes umgeht. Steuern kassiert die Republik Österreich ja auch gern vom ausländischen Billa-Konzern.“

Steuern kassiert die Republik Österreich ja auch gern vom ausländischen Billa-Konzern.“

– GABRIELA SCHNABEL